

Der neue Finanzausgleich : Schwungrad oder Bremsklotz?

Autor(en): **Ritter, Erika**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Fachzeitschrift Heim**

Band (Jahr): **70 (1999)**

Heft 9

PDF erstellt am: **29.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-812954>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

DER NEUE FINANZAUSGLEICH: SCHWUNGRAD ODER BREMSKLOTZ?

Von Erika Ritter

Noch ist das Dauerthema KVG nicht vom Tisch und beschäftigt die Verantwortlichen, und schon meldet sich ein anderer Dauerbrenner mit nicht weniger Zündstoff für den Sozialbereich: der neue Finanzausgleich. Der NFA sei klar, gerecht und effizient, postuliert das Berner Finanzdepartement und bezeichnet die Vorlage als «Schwungrad für den Föderalismus». Auf der Gegenseite, vor allem im Sozialbereich, «löscht es fast ab», sind vor allem Ängste und Unsicherheiten auszumachen. Was gilt jetzt?

Der NFA befindet sich in der Vernehmlassungsphase. (Die Fachzeitschrift Heim hat sich in der Ausgabe Juli/August, Seite 436 ff., mit der Vorlage beschäftigt.) Jetzt gilt es und bietet sich die Möglichkeit, Einfluss zu nehmen auf das Geschehen in den nächsten Jahren. Aus diesem Grund hatte sich der Vorstand der Sektion Aargauer Kinder- und Jugend- und Behinderteneinrichtungen (VAKJB) entschlossen, das Thema «neuer Finanzausgleich» frühzeitig aufzugreifen und gleich mit einer Grossveranstaltung unter Einbezug der Öffentlichkeit in die Diskussion einzusteigen. Bereits am 15. Juni fand somit im Casino Bremgarten ein öffentlicher Vortrags- und Diskussionsabend statt unter dem Titel: «Der neue Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen, Schwerpunkte Sozialversicherungen und Sozialpolitik, Bildung.» Weit über 100 Personen folgten der Einladung und kamen in den «Genuss» einer umfassenden Einführung durch Mirjam Aebischer, Leiterin der Geschäftsstelle SVE, Schweiz. Fachverband für Sozial- und Heilpädagogik, Mitglied IG Sozialer Finanzausgleich sowie von Kurzreferaten und Diskussion von und mit Christine Egerszegi-Obrist, Nationalrätin, Zentralpräsidentin beim Heimverband Schweiz, Doris Leuthard, lic. iur., Fürsprecherin, Grossrätin; Agnes Weber, lic. phil I, Sozialwissenschaftlerin, Dozentin für Berufspädagogik, Nationalrätin sowie Dr. Ulrich Siegrist, Regierungsrat des Kantons Aargau. Das Podium stand unter der Leitung von Hans-Peter Widmer, Redaktor bei der Aargauer Zeitung. Die politische Couleur umfasste mit dieser hochkarätigen Auswahl von aktiven Politikerinnen und Politikern sämtliche Parteifarben von Parteien mit Regierungsverantwortung. Als sanftes Gegengewicht umrahmte Peter Dubler, Kallern, den Abend musikalisch auf dem Flügel und mahnte auch sanft aber eindringlich und unüberhörbar, wenn die Vortragsdauer der einzelnen Podiumsteilnehmer abgelaufen war.

Was hat der Sozialbereich vom NFA zu erwarten?

Mirjam Aebischer stellte das komplexe Geschäft vor und konzentrierte ihre Ausführungen auf den Sozialbereich. Wie stellt sich die Sozialgesetzgebung heute dar und wie nach der Reform? Mirjam Aebischer plädierte für ein gemeinsames Vorgehen und verwies einleitend auf die IG Sozialer Finanzausgleich, welche sich zur Wehr setzt gegen die Ziele und Vorgaben im NFA, für viele zu sehr als «verkappte Sparübung» getarnt. Aebischer bestätigte, dass die Rezession ein anderes Verhältnis zu den Finanzen gebracht habe, die Budgets kleiner geworden seien und eine Umverteilung nötig sei. Doch Sozialpolitik stelle sich heute für viele als ein notwendiges Übel dar. Doch wer davon direkt betroffen sei, sich in seiner täglichen Arbeit mit der Materie und vor allem mit den dahinter stehenden Menschen beschäftige, der politisiere und spreche auf einer andern Ebene, als wie dies in der trockenen Sprache der Finanzchefs geschehe. Die kurzfristig wirtschaftlichen Auswirkungen seien längerfristig anders gelagert, meinte Aebischer, bevor sie die einzelnen Änderungen einzeln vorstellte. Insgesamt beurteilte sie den NFA als sozialpolitischen Rückschritt mit zu vielen Unsicherheiten und einer zusätzlichen Belastung für Familien zum Beispiel mit einem behinderten Kind. «Die Qualität der Arbeit im Sozialbereich ist in Frage gestellt. Die Vorlage ist somit fragwürdig ineffizient und entspricht nicht dem Gleichbehandlungsanspruch. Auch die Sicherheit der Finanzierungen ist gefährdet.»

Mehr Klarheit ist gefordert

Die gewaltigen Geldströme, die durch den NFA umgeleitet würden, zeigten eine erschreckende Perspektive, meinte Christine Egerszegi-Obrist. Sie fragte sich, was denn nun eigentlich stimme

und stellte fest, wie schwierig die Konstruktion NFA zu beurteilen sei. «Wer hergeben muss, der soll sich in der Vernehmlassung melden», appellierte sie an die Anwesenden und forderte vom Bund klare Aussagen, wohin der NFA denn nun eigentlich führe. «Es darf nicht sein, dass der eine auf Kosten des andern profitiert.» Sie forderte nochmals alle Sektionen im Heimverband Schweiz auf, sich zu melden und zur Vernehmlassung Stellung zu beziehen, damit die Praxis ihr Gewicht einbringen kann.

Die Kantonalpolitikerin Doris Leuthard begrüßte ihrerseits die neu geschaffenen Verantwortlichkeiten und betonte die Schwierigkeit der heutigen Arbeit. Der NFA bringe die Aufgabenerfüllung dort, wo die Projektpraxis den direkten Bezug aufweist. Gerade bei der AHV werde der Apparat vereinfacht. Doch auch sie meldete im Bereich der IV ihre Zweifel an und verlangte, nochmals zu überdenken, was bisher in der Vergangenheit als Aufgabe von den einzelnen Organisationen wie Spitex, Rotes Kreuz usw. gut gemeistert worden sei. Wenn kleinere Gruppierungen im Gegensatz zu den Grossen keine Unterstützung mehr erhielten, so sei dies auch aus ihrer Sicht ein Rückschritt.

Die Globalkredite und Leistungsverträge bezeichnete sie als «gutes» Mittel, meldete jedoch ihre Bedenken an, wenn es darum gehe, die Zusammenarbeit über die Kantonsgrenzen hinaus zu fördern, wie zum Beispiel bei den Fachhochschulen. Doch würden wiederum Eingliederungsprojekte nach einer interkantonalen Zusammenarbeit verlangen. Sie stellte fest, dass der NFA insgesamt



Mirjam Aebischer: Ist der NFA eine verkappte Sparübung?



Hochkarätiges Publikum in den verschiedensten Parteifarben.

Fotos Erika Ritter

nicht zu einer Mehrbelastung führen darf, die letztlich der Steuerzahler zu be-
rappen hat.

Agnes Weber fand den NFA eine be-
stechende Idee, beschränkte sich bei
ihren Ausführungen jedoch auf die Berei-
che Bildung/Sonderschulung. Ihrer Mei-
nung nach sind bei den Sonderschulen
noch hitzige Debatten um die Ansprüche
der Kinder zu erwarten. Es dürfe kein
Abbau in den Leistungen für Behinderte
entstehen, erklärte sie. «Das ist nicht ein
Wanderpokal, den keiner mehr will.»

Regierungsrat Dr. Ulrich Siegrist gab
zu bedenken, dass noch lange nicht alles
am Gesamtprojekt ausgefeilt sei. «Es gibt
noch Vieles zu ändern.» Die jetzigen Fi-
nanzströme habe keiner mehr im Griff,
keiner sei richtig verantwortlich für etwas
«... ein Pulverfass!» meinte der Aargauer
Finanzdirektor. Eine gestellte Verant-
wortung sei ja schön, solange jedes Jahr
mehr Geld in der Kasse sei. Doch: «Wer
die ganze Verantwortung trägt, der
steigt auch weniger schnell aus einer Sa-
che aus.» Heute würden sich in der Sozi-
alpolitik die Bereiche aneinander reiben.
Der Bund müsse handeln und mit grund-
legenden Reformen neue Abschiebeak-
tionen verhindern. «Die Kantone müssen
in die Verantwortung genommen wer-
den, jede der drei Ebenen mit der Aufga-
be, die ihr am besten liegt.» Er plädierte
dafür, die Grundidee NFA, die nicht ein-
fach am Reissbrett entstanden sei, nicht
jetzt schon wegen Angst in Frage zu stel-
len, sondern die nötigen Reformen ein-
zuleiten.

Doch: Besteht eigentlich Einigkeit,
dass Verbesserungen und Veränderungen
nötig sind, wollte nach einer kurzen
Gesprächspause Podiumsleiter Hans-Pe-
ter Widmer von den fünf Polit-Aktiven
auf der Bühne wissen.

Doppelspurigkeiten und zu viele Ver-
flechtungen, steuerliche Unterschiede,
mehr Transparenz und Klarheit, Mängel
im heutigen Sozialsystem – darüber wa-
ren sich alle einig.

Aber warum denn den Föderalismus
fördern und nicht alles zentral steuern,
wollte Widmer wissen. Man müsse die
Förderung im Gesamtinteresse des Staa-
tes sehen, der noch andere Aufgaben zu
bewältigen habe, als die heutige Ineffizi-
enz der Sozialausgaben zu regeln. Nur
so könne mit dem gleichen Franken
mehr Leistung erbracht werden, eine
Aussage, die von allen am Podium Be-
teiligten eigentlich nur begrüsst werden
konnte, wenn da nicht der Unsicher-
heitsfaktor wäre.

Wird die Leistung wirklich noch er-
bracht, fragte sich Christine Egerszegi-
Obrist. «Wie erhalten wir Sicherheit,
zum Beispiel im Aargau bei den Drogen-
heimen? Woher nehmen wir das nötige
Vertrauen, um zu glauben?»

Gerade weil die Kantone untereinan-
der näher miteinander vertraut seien,
würde die angestrebte Zusammenarbeit
weniger zu «Streichkonzerten» führen,
betonte Siegrist nochmals. Doch auch
Mirjam Äbischer zeigte sich nicht beru-
higt von dieser Überlegung und auch
Doris Leuthard betonte, Kantone, Ge-
meinden und Institutionen müssten die
Zusammenarbeit erst erlernen. Wenn

eine Aufgabe zu nahe an den Bürger
herangetragen werde, ob es da nicht zu
sehr «menschele»? Die Instrumente sei-
en zwar mit dem NFA gegeben, aber die
Erfahrung fehle noch. Und wenn es
nicht gelingt? Was dann? Wenn der Fi-
nanzausgleich zu Steuerlasten führt mit
der Reaktion der Bürger: «Da machen
wir nicht mehr mit?»

Insgesamt: Angst, Angst vor einer
Steuerpolitik, die mehr beim Kanton
liegt als beim Bund, Angst vor noch un-
klaren Rahmengesetzen, Angst vor einer
Zweckentfremdung der Mittel, auch vor
26 Schulsystemen zum Beispiel. Kritik
und Vorbehalte, fehlende Glaubwürdig-
keit, die Frage nach wirklich zwingen-
den Eingriffen, Unsicherheit bei soge-
nannten Überkapazitäten. Man könne
bei der Vorlage zum NFA doch nicht ein-
fach bei den Heimen stehen bleiben,
meinte Siegrist und forderte eine Ge-
samtschau der Probleme.

Christine Egerszegi-Obrist: «Wir
müssen die Aussage ‚klarer, effizienter,
gerechter‘ ernst nehmen und uns über-
legen, welche Vorgaben durch den
Bund nötig sind, damit die Leistungen
und die Qualität der Leistungen in den
Institutionen gewährleistet sind.»

Der NFA stelle eine grosse Aufgabe
dar, erklärte abschliessend Sektionsprä-
sident Manfred Breitschmid. «Der heuti-
ge Abend war nur eine von vielen noch
nötigen Diskussionen.» Es gelte, das
grosse vorhandene Potential an Miss-
brauch genau anzusehen, aber auch das
Verbesserungspotential auf den Prüf-
stand zu legen.

Für die Zukunft ist wohl noch viel
Überzeugungs- und Vertrauensarbeit
nötig, um die Vorlage NFA nachvollzieh-
bar zu machen. ■

EDK – Schweiz. Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren:

**Neues Ausbildungskonzept
im Sozialbereich**

Die Kantone haben ein neues Ausbildungsmodell für den gesamten Sozial- und
Fürsorgebereich beschlossen.

Im Einvernehmen mit den kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirekto-
ren hat die Erziehungsdirektorenkonferenz ein neues Modell für die Berufsausbil-
dungen im Sozialbereich beschlossen. Damit werden diese Ausbildungen in der
Schweiz erstmals einheitlich definiert und strukturiert. Das Modell legt fest, dass
– entsprechend den Anforderungen der Berufswelt – Ausbildungen auf der Sekun-
darstufe II, an tertiären Fachschulen sowie an (Fach-)Hochschulen geführt
werden sollen.

Den Beschlüssen sind wichtige Vorarbeiten einer Expertengruppe und eine
breite Vernehmlassung bei den Kantonen und anderen Ausbildungsträgern vor-
ausgegangen. In die Arbeiten waren auch Bundesstellen einbezogen, dies im Hin-
blick auf die erweiterte Kompetenz des Bundes in der Berufsbildung.

Zur Umsetzung des nun verabschiedeten Modells wird eine Reihe von Detail-
arbeiten nötig sein.

www.hilfsmittel-shop.ch

Rollatoren, Gehhilfen, Hilfen für Bad/WC,
Nachtstühle, Rollstühle, Kissen und vieles mehr